

A low-angle shot of a woman being lifted by a crowd of people. The woman is smiling and looking upwards. The background features the European Union flag with its twelve yellow stars on a blue field. The scene is bright and celebratory.

Das moderne Deutschland.

Zukunft
Gerechtigkeit
Europa

SPD

Inhalt

Vorwort

10 ZIELE FÜR DAS MODERNE DEUTSCHLAND

Einleitung – Deutschland und Europa vor einer Richtungsentscheidung

Kapitel 1

ZUKUNFT: INVESTIEREN UND AUS INNOVATIONEN
SOZIALEN FORTSCHRITT MACHEN

1 | Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen 12

2 | Innovationsallianz für die deutsche Industrie 14

3 | Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft 17

Kapitel 2

GERECHTIGKEIT: UNSERE OFFENE GESELLSCHAFT ZUSAMMENHALTEN

4 | Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern 19

5 | Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen 22

6 | Familien entlasten,
Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen 24

7 | Eine Bildungsoffensive starten 26

Kapitel 3

EUROPA: DIE EUROPÄISCHE UNION STÄRKEN UND DEN FRIEDEN SICHERN

8 | Europa besser machen 29

9 | Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen 32

10 | Zu mehr Frieden in der Welt beitragen 34

Deutschland ist ein großartiges Land. Aber Deutschland kann mehr.



In der Politik geht es nie ausschließlich um die Gegenwart, sondern vor allem um die Gestaltung der Zukunft. Politik braucht einen klaren Werte-Kompass, Begeisterung für die vor uns liegenden Chancen und ein realistisches Bild vom Alltag der Menschen in unserem Land. Daraus müssen Politikerinnen und Politiker ableiten, was sie anders machen wollen – je konkreter, desto besser. Denn nur wer sagt, was er will, kann glaubwürdig um Vertrauen werben. Ich bin überzeugt: In Zeiten von großen Umbrüchen reicht es nicht aus, wenn sich die Politik einfach durchwurschteln will. Es reicht aber auch nicht aus, nur zu träumen. Deshalb stelle ich in diesem Zukunftsplan zehn sehr konkrete Vorhaben vor, die ich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland anpacken will, um dieses Land gerechter und zukunftsfähiger zu machen. Grundlage meines Zukunftsplans ist das Regierungsprogramm, das wir als SPD gemeinsam für die nächste Legislaturperiode beschlossen haben. In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Unternehmen habe ich konkrete Punkte weiterentwickelt, die mir persönlich besonders am Herzen liegen.

Einige Ziele werden nicht über die Dauer einer Wahlperiode erreicht werden können, für die Umsetzung mancher Projekte – gerade auf europäischer Ebene – wird es vielmehr einen langen Atem brauchen. Aber alle Vorhaben haben gemeinsam, dass man sie zügig angehen muss. Und genau das werde ich tun. Ich möchte mich einsetzen für ein Land, in dem alle gute Arbeit haben, von der sie leben können. Für ein Land, in dem wir uns respektieren und wo wir zusammenhalten. Für ein Land, in dem aus guten Ideen innovative Produkte und Dienstleistungen werden, die die Welt von morgen besser machen. Für ein Land, das seinen Beitrag zu einem gerechteren Europa und zu Frieden und Stabilität in der Welt leistet. Dafür setze ich mich ein: Für das moderne Deutschland. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen würden.

Ihr

10 Ziele für das moderne Deutschland

1 | Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es weniger Staus, schnelleres Internet und bessere Schulen und moderne Berufsschulen, weil hier nachhaltig und strategisch investiert worden ist.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir ab der kommenden Legislaturperiode massiv investieren: in schnelle Glasfaserverbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber vor allem in Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir werden eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen, die fest in der mittelfristigen Finanzplanung verankert wird. Wir sorgen dafür, dass es in den Schulen unserer Kinder nicht durchs Dach regnet, anstatt Steuergeschenke mit der Gießkanne zu verteilen. Unser Steuerkonzept ist eine gezielte Entlastung für Familien und für kleine und mittlere Einkommen.

2 | Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Im modernen Deutschland der Zukunft wird der Wandel in der Industrie aktiv begleitet. Der Mittelstand hat sich auf den Weg ins digitale Zeitalter gemacht. Deutschland ist ein Gründerland, das Startups in ihrem Wachstum unterstützt. Klimaschutz und Industriepolitik sind im modernen Deutschland keine Gegensätze mehr.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir eine aktive Industriepolitik betreiben und eine Innovationsallianz für die deutsche Industrie schließen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. So werden wir etwa die Automobilindustrie in der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen und mithelfen, eine Batteriezellproduktion für Elektrofahrzeuge in Deutschland aufzubauen. Wir wollen einen Digitalisierungsfonds auflegen, der gerade auch Mittelstand und Handwerk zugutekommen soll.

3 | Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

Im modernen Deutschland der Zukunft ist die Digitalisierung vor allem eine Chance auf mehr Selbstbestimmtheit in der Arbeitswelt und auch hier gelten klare Regeln. Der Staat wird digital und ist online rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche erreichbar, wodurch das Leben der Bürgerinnen und Bürger erleichtert wird.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir immer fest im Blick haben, dass aus technologischem Fortschritt immer auch sozialer Fortschritt werden sollte. Das heißt, dass wir die Chancen von Arbeit 4.0 nutzen wollen, aber soziale Errungenschaften in der digitalisierten Welt nicht aufgeben werden. Ein Bundeskanzler darf sich nicht von Kompetenzdebatten davon abschrecken lassen, konkrete Verbesserungen zu fordern. Warum gibt es die meisten Formulare nicht online? Warum muss man beim Wohnungswechsel noch zum Bürgeramt laufen? Wir werden ein Deutschlandportal für Bürger und Unternehmen schaffen, in dem alle Formalitäten leicht und unbürokratisch abgewickelt werden können.

4 | Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

Im modernen Deutschland der Zukunft leben die Menschen frei und respektvoll zusammen. Die gleichen Chancen gelten unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Der Staat nimmt seine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wahr – in Stadt und Land. Für alle Bürgerinnen und Bürger wird eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern gewährleistet – von der Mobilitätsinfrastruktur über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe für alle. Der Staat ist handlungsfähig und sorgt für Recht und Sicherheit.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir in eine starke Bürgergesellschaft investieren, die Identität stiftet und Heimat gibt. Wir werden ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen, das als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Durch echte Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen werden wir einen neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft schaffen. Den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie – egal wie motiviert – werden wir intensivieren.

5 | Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Niemand, der arbeitet, sollte arm sein. Der Respekt vor der Lebensleistung, die Menschen mit ihrer Arbeit erbringen, drückt sich in würdigen Bedingungen und gerechter Bezahlung aus. Gesundheit und Lebenserwartung sind keine Frage des Portemonnaies mehr und jede und jeder ist im Alter gegen Armut abgesichert.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir einen Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen schließen, die sachgrundlose Befristung abschaffen und uns zum Ziel setzen, dass in vier Jahren deutlich weniger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto für Erwerbstätige gibt. Wir machen Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Mit unserem Rentenkonzept sichern wir das Rentenniveau und verhindern ein Abrutschen in die Altersarmut.

6 | Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen

Im modernen Deutschland sind Familie und Beruf doppeltes Glück und nicht zweifache Last. Es ist selbstverständlich, dass sich Mütter und Väter um ihre Kinder kümmern, ohne dass sie sich damit gegen die Karriere entscheiden müssten. Frauen haben die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir massiv in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen investieren und den Zugang kostenfrei machen. Wir werden das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit endlich umsetzen und somit vielen Frauen einen Weg aus der Teilzeitfalle eröffnen. Mehr Zeit für Familie wollen wir durch ein Recht auf Familienzeit für Kinder und für die Pflege von Angehörigen unterstützen. Familien werden durch unser Steuermodell entlastet und beim Erwerb oder Bau eines Eigenheims durch ein Familienbaugeld finanziell unterstützt.

7 | Eine Bildungsoffensive starten

Im modernen Deutschland sind unsere Schulen und Berufsschulen die Zukunftswerkstätten unseres Landes. Jede und jeder bekommt die bestmögliche Bildung in sanierten Schulen. Über die persönliche Zukunft entscheidet nicht mehr die Herkunft, sondern es zählen Leistung und Talent. Die bildungspolitische Kleinstaaterei ist vorbei, und der Bund kann die Länder auf dem Weg zu besserer Bildung endlich unterstützen – von der Ganztagschule bis zur Hochschule.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir für kostenfreie Bildung sorgen – von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung. Wir werden alles daransetzen, das Kooperationsverbot abzuschaffen, damit der Bund die Länder endlich unterstützen kann, für bessere Schulen zu sorgen. Wir werden dafür kämpfen, dass Bildung in Deutschland kein ungleicher Flickenteppich mehr ist, sondern wir landesweit Vergleichbarkeit auf hohem Niveau erreichen. Dafür werden wir eine Nationale Bildungsallianz zwischen Bund und Ländern schließen. Als Teil unseres Investitionsprogramms machen wir die Berufsschulen zu Zukunftswerkstätten, wo an den neusten Maschinen mit modernster Technik gelernt wird.

8 | Europa besser machen

Das moderne Europa konzentriert sich auf die großen Fragen unserer Zeit, die Staaten nicht mehr alleine lösen können. Es hat die richtigen Werkzeuge an der Hand und alle wichtigen Entscheidungen sind demokratisch legitimiert. Es ist eine Solidargemeinschaft, in der wir Krisen gemeinsam bewältigen.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir in einem ersten Schritt die Eurozone als Kern der EU reformieren und stärken. Die Eurozone braucht ein Investitionsbudget, das wirtschaftliche Innovation und Kraft europaweit fördert – auch in strukturschwachen Regionen. Wenn wir nicht in Europa investieren, riskieren wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents. Die Weiterentwicklung der Eurozone darf nicht vom Veto von Staaten abhängen, die dieser nicht angehören. Eine Priorität unserer europapolitischen Anstrengungen wird der Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb durch Steuerdumping sein.

9 | Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

Das moderne Europa bekennt sich zum Recht auf Asyl und steht solidarisch zusammen, um ankommende Flüchtlinge in würdigen Bedingungen aufzunehmen, schnell ihre Anträge zu bearbeiten und sie dann fair auf unserem Kontinent zu verteilen.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir im Zuge der nächsten europäischen Haushaltsplanung die Finanzplanung als Solidaritätspakt formulieren. Uns ist es wichtig, dass das Prinzip der Solidarität in Europa wieder gelebt wird. Deutschland muss bereit sein, mehr in Europa zu leisten, und unter Umständen auch mehr zum EU-Haushalt beitragen. Gleichzeitig muss im Solidaritätspakt klar geregelt sein, dass Länder, die Solidarität in wichtigen Fragen verweigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen und nicht mehr mit der vollen finanziellen Solidarität Deutschlands und der anderen Staaten rechnen können.

10 | Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Das moderne Europa tritt selbstbewusst in der Welt mit einer Stimme auf – für Abrüstung, für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für den Klimaschutz.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir nicht zulassen, dass mehr Wirtschaftswachstum zu mehr Ausgaben für Waffen führt, wie es Angela Merkel und Donald Trump wollen. Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen, sondern durch Konfliktlösung und -prävention und durch bessere Entwicklungschancen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Klimawandel. Wir fordern deshalb Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und mindestens 1,5-mal mehr zusätzliche Ausgaben für Entwicklung als für Rüstung. Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion statt einer Aufrüstungsspirale.



Einleitung

Deutschland und Europa vor einer Richtungsentscheidung

Wie wollen wir in Deutschland und Europa in Zukunft leben? Die Welt um uns herum verändert sich in atemberaubender Geschwindigkeit – wirtschaftlich, technologisch, sozial und politisch. Umso mehr brauchen wir eine Politik der klaren Prinzipien, der klaren Haltung und der klaren Inhalte, damit ein modernes Deutschland in einem geeinten Europa zukunftsfähig bleibt und gerechter wird. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Vernunft sind dabei keine Gegensätze – sie sind wechselseitige Bedingungen.

Die SPD war immer eine Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Es ist eine sozialdemokratische Kernkompetenz, den Wandel nach sozialen und rechtlichen Prinzipien zu gestalten. Wir dürfen nicht darüber hinwegsehen, dass sich in Deutschland viele Menschen Sorgen um die eigene Zukunft machen und sich nicht gerecht an den Wohlstandsgewinnen beteiligt fühlen. Sie fühlen sich und ihre Leistung nicht ausreichend respektiert.

Unsere heutige wirtschaftliche Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Die Bedingung dafür ist, dass wir die wirtschaftliche Dynamik weiter fördern, unser Wachstum erhöhen und die Erträge daraus gerecht verteilen. Wir wollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren. Und wir

müssen Blockaden lösen und unnötige bürokratische Barrieren aufheben, etwa indem wir die Chancen der Digitalisierung nutzen. Deutschland braucht Innovationen, wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch.

Deutschland und Europa stehen vor Herausforderungen, die nicht einfach nur verwaltet werden können. Die Bundestagswahl ist daher eine Richtungswahl und -entscheidung für Deutschland und auch für Europa. Es gibt immer noch einige, die „mehr Macht für Märkte“ fordern. Andere fordern gar die „marktkonforme Demokratie“. Das ist eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft und das Ende einer Politik der sozialen Verantwortung und des sozialen Ausgleichs.

Wer nachhaltiges Wachstum will, braucht eine offene Gesellschaft, globale Wirtschaftsbeziehungen und ein starkes Europa. Deutschland profitiert wie kein zweites Land vom engen Austausch mit unseren Partnern. Wer die offene Gesellschaft will, braucht Sicherheit – global und national. Offenheit kann schnell zu einem gesellschaftlichen Kontrollverlust führen, wenn die politische Steuerung fehlt. Wer Sicherheit will, braucht Gerechtigkeit. Globale und nationale Ungerechtigkeit gefährden unsere Sicherheit. Deshalb stehen wir für mehr Gerechtigkeit in unserem Land, für Solidarität in Europa, für gerechtes Wachstum in der Welt.

Wie zukunftsfähig ist Deutschland?

Deutschland geht es gut. Kein Land hat die globalen und europäischen Krisen seit 2008 so gut überstanden wie unser Land. Die SPD hat viel dafür getan, dass es vielen Menschen heute besser geht als vor vier Jahren. Aber Deutschland ruht sich zu sehr auf seinen Erfolgen aus.

Die deutsche Exportwirtschaft ist global enorm wettbewerbsfähig und hat einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsaufbau in Deutschland geleistet. Deutschland hat jedoch eine gesplante Volkswirtschaft – mit hochproduktiven und dynamischen Exportsektoren und zur gleichen Zeit vielen Dienstleistungssektoren, in denen viele Menschen mit niedrigen Löhnen arbeiten. Eine gute Wachstums- politik muss eine kluge Balance zwischen Angebots- politik und Nachfragepolitik finden. Eine private und

öffentliche Investitionsoffensive sollte daher hohe Priorität haben, denn sie stärkt beide Seiten gleichermaßen. Politik muss der Versuchung widerstehen, über eine systematische Erhöhung öffentlicher Schulden einen kurzfristigen Wachstumsimpuls zu schaffen, für den zukünftige Generationen die Rechnung zahlen müssen. Vielmehr gilt es, Menschen in Arbeit zu bringen und Investitionen zu mobilisieren, um das volle Wachstumspotenzial Deutschlands nutzen zu können.

Deutschland ist gegenwartsfähig. Aber ist Deutschland auch zukunftsfähig? Und sind wir in der Lage, mehr Gerechtigkeit zu schaffen? Politisches Handeln beginnt mit der Frage „Was ist?“. Nur wer die richtigen Fragen stellt, kann auch die richtigen Antworten geben.

Wie zukunftsfähig ist unser Land,

- wenn nur 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Messgröße der Wirtschaftskraft unseres Landes in Bildung investiert werden und damit weniger als im Durchschnitt der OECD-Staaten?
- wenn wir einen Anteil an Ausgaben von Forschung und Entwicklung am BIP von 2,9 % haben, während Länder wie Korea und andere auf einen Anteil von 3 bis 4 Prozent kommen?
- wenn unsere gesamtstaatliche Investitionsquote unter dem OECD-Durchschnitt liegt und wir insbesondere im Bereich Infrastruktur seit Jahren von der Substanz leben?
- wenn wir im internationalen Vergleich bei der durchschnittlichen Geschwindigkeit von Breitbandanschlüssen nur auf Platz 22 liegen?
- wenn wir in Relation zum BIP rund 12-mal weniger in Wagniskapital investieren als die USA?
- wenn unsere Innovatorenquote, also der Anteil der Unternehmen, die in den letzten drei Jahren Innovationen hervorgebracht haben, heute bei 35 % liegt, während der Wert in den 90er Jahren noch bei 50 % lag?

Eine gerechte Gesellschaft ist nicht nur ein politisches Ziel. Gerechte Gesellschaften sind auch produktiver und innovativer. Ein breiter sozialer Konsens ist ein Wachstumsfaktor. Vielen Menschen in Deutschland geht es gut, aber eben längst nicht allen. Wir wollen den Wohlstand gerechter verteilen.

Wie gerecht ist unser Land,

- wenn mehr als 60 Prozent der Kinder in Deutschland, deren Eltern Abitur oder Fachhochschulreife haben, dies ebenfalls erreichen, aber nur gut 20 Prozent der Kinder von Eltern ohne Schulabschluss?
- wenn über 70 Prozent der Mütter einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, es aber kein Rückkehrrecht in Vollzeit nach Teilzeit gibt?
- wenn mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute prekär beschäftigt sind, sich also in befristeten oder geringfügigen Arbeitsverhältnissen, in Teilzeit oder Leiharbeit befinden?
- wenn für Einkünfte aus Kapital ein Steuersatz von nur 25 % erhoben wird, abhängig Beschäftigte aber den Spitzensteuersatz von 42 % ab einem zu versteuernden Einkommen von 54.000 Euro zahlen müssen?
- wenn die Zahl der Sozialwohnungen seit 2010 von 1,7 Millionen auf 1,3 Millionen gesunken ist, während es in vielen Wachstumsregionen zunehmend schwerer geworden ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden?

Wir wollen Antworten auf die Fragen zur Zukunft und Gerechtigkeit in Deutschland und Europa geben. Eine gute Zukunft kommt nicht von allein. Sie braucht Investitionen und Innovationen. Und sie muss alle Menschen gerecht an der Wohlstandsentwicklung beteiligen.

Kapitel 1

ZUKUNFT: INVESTIEREN UND AUS INNOVATIONEN SOZIALEN FORTSCHRITT MACHEN

1 | Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Das moderne Deutschland der Zukunft ist ein Land, in dem Vollbeschäftigung in guter Arbeit möglich ist. Unsere Wirtschaft ist eine der erfolgreichsten der Welt, getragen von hervorragend ausgebildeten, selbstbewussten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und mutigen Selbstständigen. Deutschlands Wirtschaft ist innovativ, hochgradig vernetzt und nachhaltig. Wir messen unseren wirtschaftlichen Erfolg nicht mehr allein an Steigerungsraten des Brutto-sozialprodukts. Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik orientiert sich vielmehr daran, dass möglichst alle Menschen durch gute Arbeitsplätze und gute Löhne vom Wachstum profitieren, wir die natürlichen Grundlagen bewahren und wir die Chancen unserer Kinder auf eine gute Zukunft verbessern. Die öffentliche Hand sorgt durch massive Investitionen in Bildung und Infrastruktur dafür, dass es genügend Kitaplätze gibt, schnelles Internet in Stadt und Land verfügbar ist, die Menschen weniger Zeit im Stau verbringen müssen und der sauber erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien auch da ankommen kann, wo er gebraucht wird.

Wo stehen wir heute?

Deutschland zehrt seit mehr als einem Jahrzehnt von seiner Substanz. Jeder, der mit offenen Augen in unserem Land unterwegs ist, kann das sehen: Verschlossene Straßen und marode Brücken sind eine Belastung für Menschen und Wirtschaft. Der schlechte Zustand vieler Schulen, Kitas,

Sportstätten, öffentlicher Gebäude und ihrer Ausstattung beeinträchtigt die Zukunftschancen unserer Kinder und unserer Jugend. Bei digitalen Netzen hinkt Deutschland im internationalen Vergleich hinterher. Kurz: Der Zustand unserer öffentlichen Infrastruktur wird unserem Anspruch als

führende Industrienation nicht mehr gerecht. Deutschland braucht endlich eine konjunktur- und wachstumsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik. Entscheidend ist dabei die richtige Balance zwischen tragfähiger Haushaltspolitik und dem Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen, sprich der Verkehrswege, der Energienetze, der Internetautobahnen und nicht zuletzt der Bildungsinfrastruktur. Eine Politik, die ausschließlich auf die Rückführung der Staatsverschuldung setzt, bremst die Umsetzung zukunftsorientierter Investitions-

vorhaben und wachstumsfördernder Maßnahmen aus. Selbst vorhandene Spielräume im Bundeshaushalt werden bislang nicht hinreichend genutzt. Deutschland fehlt es nicht an Talenten. Deutschland fehlt es an ausreichend ambitionierten Investitions- und Innovationsimpulsen – in Infrastruktur, aber eben auch in Vernetzungs- und Digitalisierungsstrategien, in eine moderne öffentliche Verwaltung, in Forschung und Entwicklung und in starke Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Wir werden massiv investieren – in schnelle Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland die digitale Zukunft sichern, in die Energiewende, in die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, auch in Schienen und Straßen, aber vor allem in öffentliche Institutionen wie Kitas, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Kommunen müssen den Verfall der öffentlichen Infrastruktur stoppen können, Verkehrs- und Bildungseinrichtungen modernisieren und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude voranbringen. Für Ko-Finanzierungen von Investitionsmitteln des Bundes brauchen wir flexible Lösungen, damit keine Kommune in Haushaltsnotlage ausgeschlossen ist. Wir werden den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau ausbauen und für neue und bezahlbare Wohnungen sorgen. Wir sehen an dieser Stelle den Bund in der Pflicht. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass der Bund sich auch nach 2019 beim sozialen Wohnungsbau engagieren kann. Hierzu werden wir das Grundgesetz ändern. Wir werden eine Investitionsoffensive starten, für die allein der Bund in der kommenden Wahlperiode rund 30 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen wird.

Eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen

Wir werden eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen. Mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ gibt es eine Obergrenze für das gesamte deutsche Haushaltsdefizit, ohne dass damit Vorgaben für die Ausgaben einhergehen. Als Ergänzung zur „Schuldenbremse“ soll es daher auch eine „Mindestdrehzahl“ für Investitionen geben, die in der mittelfristigen Finanzplanung fest verankert wird. Die Investitionsverpflichtung orientiert sich an den Spielräumen des Haushalts und sorgt für eine verlässliche Investitionsplanung. An Investitionen im Interesse der Generationengerechtigkeit darf in Zukunft nicht mehr gespart werden.

Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft

Wir werden unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik neu ausrichten. Was wir wollen, ist eine Wirtschaft, die den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ auch wirklich verdient. Es braucht eine neue Ära von Zukunftschancen für alle. Ungleichheit muss durchbrochen und Wohlstand und Chancen müssen besser verteilt werden. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik wird erstens Zukunftsinvestitionen vorantreiben, ohne die finanzielle Nachhaltigkeit zu gefährden; zweitens werden wir Wohlstand und Erfolg unserer Wirtschaft nicht allein am Wachstum des BIP festmachen; drittens werden wir Wachstum fördern, das allen zugute kommt; und viertens werden wir die Förderung ökologischer Nachhaltigkeit berücksichtigen. An diesen Zielen wollen wir uns messen lassen. Damit unsere Politik messbarer und transparenter ist, wollen wir den Jahreswirtschaftsbericht zu einem Jahreswohlstandsbericht weiterentwickeln, in dem zum Beispiel auch die Entwicklung der Einkommensverteilung oder Teilhabe- und Bildungschancen klarer dokumentiert werden.

Zeit für Investitionen, Zeit für gerechte Steuern

Statt Steuergeschenke mit der Gießkanne zu verteilen, werden wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten. Wir werden Familien sowie Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen gezielt entlasten und damit auch deren Kaufkraft stärken. Unser Steuerkonzept ist familienfreundlich: Wir entlasten Familien unter anderem mit einem Kinderbonus in Höhe von 150 Euro pro Kind und Elternteil. Einkommensschwache Familien und Alleinerziehende wollen wir mit dem erweiterten Kindergeld unterstützen. Zudem werden wir Kita-Gebühren schrittweise abschaffen. Unser Steuerkonzept ist sozial gerecht: Wir entlasten kleine und mittlere Einkommen, dafür werden Spitzenverdiener moderat mehr belastet. Den Solidaritätszuschlag schaffen wir ab – zunächst für Einkommen bis rund 60.000 Euro Bruttoverdienst, später für alle. Wir schaffen Gerechtigkeit, indem nur Spitzenverdiener auch den Spitzensteuersatz zahlen. Steuerbetrug und -vermeidung werden wir bekämpfen. Unser Steuerkonzept entlastet Geringverdiener: Wir sorgen dafür, dass auch einkommensschwache Haushalte mehr Geld im Portemonnaie haben, indem wir für sie die Sozialabgaben senken.

2| Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Das moderne Deutschland der Zukunft hat seine industrielle Basis nicht nur gehalten, sondern ausgebaut. Deutschlands Industrie ist gerade deswegen so erfolgreich, weil die fortschreitende Digitalisierung in der Fertigung gemeinsam von den Sozialpartnern gestaltet wird. Eine stärkere Mitbestimmung hat sich erneut als Standortvorteil erwiesen. So ist es sogar gelungen, Produktion aus dem Ausland zurück nach Deutschland zu holen. Das wirtschaftliche Wachstum kommt bei allen an. Es hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass Vielfalt in Arbeitsteams ein wesentlicher Beitrag für mehr Erfolg ist. Dazu gehört auch, dass bislang männerdominierte Berufsfelder stärker auch von Frauen besetzt werden. Unternehmen aller Größenklassen und Branchen sind in ihrer Innovationskraft gestärkt. Sie entwickeln nicht nur ihre Produkte und Dienstleistungen weiter, sondern haben längst auch neue Geschäftsmodelle im Blick. Deutschland ist ein Gründerland, in dem Mut und Kreativität geschätzt werden und Scheitern als Chance und nicht als Stigma begriffen wird. Junge Unternehmen können wachsen und entfalten ihre Potenziale nicht nur in den Metropolregionen, sondern auch in den ländlichen Räumen. Die Energiewende als Innovationsprojekt ist genauso anerkannt wie die Bedeutung der erneuerbaren Energien als wachstumsstarke Industriebranche. Eine stetig wachsende Zahl von Autos in Deutschland ist weitestgehend CO₂-neutral unterwegs. Deutschland ist Exportweltmeister in Umwelttechnologien und leistet auch auf diesem Wege einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz. Zudem wird Deutschland zu einem immer größeren Teil mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Auch die Regionen, die einen Strukturwandel erfahren, haben tragfähige Perspektiven für ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft.

Wo stehen wir heute?

Das Gütesiegel „Made in Germany“ steht für alles, was die Wirtschaft dieses Landes ausmacht: Ideen, Innovationen und Qualität. So wurden die Industrie und die mit ihr verbundenen Dienstleistungen zu einem Fundament für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Allerdings stehen wir nun vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Es gibt keine Garantien für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit von bislang erfolgreichen Produkten. Die Digitalisierung verändert Geschäftsmodelle, Prozesse, Produkte und Dienstleistungen sowie die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In dieser Situation brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Anstrengungen

für Innovationen. Sie eröffnen Chancen für neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze.

Da ist es ein fatales Zeichen, wenn unsere Innovatorenquote, also der Anteil der Unternehmen, die in den letzten drei Jahren Innovationen hervorgebracht haben, heute bei 35 Prozent liegt, während der Wert in den 1990er Jahren noch bei 50 Prozent lag, oder wenn der Anteil von Investitionen in Forschung und Entwicklung bei uns 2,9 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beträgt, während Länder wie Korea und vergleichbare Industriestaaten auf einen Anteil von 3 bis 4 Prozent kommen.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

In Innovationen investieren: Freiräume schaffen, Ideen fördern

Wir wollen bis 2025 die gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Um das zu erreichen, werden wir endlich eine steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung für den Mittelstand einführen und sie mit direkter Innovations- und Projektförderung kombinieren. Die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, die Industrielle Gemeinschaftsforschung und das Innovationsprogramm für strukturschwache Regionen werden wir aufstocken. Wir werden einen Digitalisierungsfonds auflegen. Dieser soll vor allem den Aufbau einer flächendeckenden Gigabit-Infrastruktur ermöglichen, insbesondere in Glasfaser und 5G. Mit dem Digitalisierungsfonds wollen wir aber auch andere wichtige digitale Investitionsvorhaben vor allem dort anstoßen, wo private Investitionen nicht in ausreichendem Maße getätigt werden. Hierfür werden wir einen Teil der Haushaltsüberschüsse des Bundes in ein Sondervermögen überführen. Dies soll gerade Mittelstand und Handwerk zugutekommen, die wir auch durch verbesserte Abschreibungsbedingungen bei Digitalinvestitionen unterstützen wollen. Startups als Treiber von Innovationen und Mittelstand von morgen wollen wir fördern. Dazu braucht es vor allem mehr Geld für die Wachstumsphase junger, kreativer Unternehmen. Wir wollen bis 2020 ein jährliches Volumen von bis zu 5 Milliarden Euro Wagniskapital erreichen, um die Zahl der Gründungen zu erhöhen und eine ausreichende und über alle Phasen der Unternehmensentwicklung reichende Finanzierung zu sichern. Die Gründungskultur an Hochschulen soll durch den Aufbau von Gründerzentren gestärkt werden. Wir wollen innovationsfreundliche neue Gesetze und Verordnungen („Innovationscheck“), die die Wirtschaft weiter von unnötiger Bürokratie befreien, und durch die Digitalisierung der Verwaltung Behördengänge verschlanken und vereinfachen.

Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Wir brauchen eine aktive Industriepolitik, die Innovationen fördert und Industrie 4.0 sowie die digitale Transformation in den industrienahen Dienstleistungen unterstützt und begleitet. Diese Industriepolitik muss an die bestehenden Stärken des Standortes und der Regionen anknüpfen. Dazu gehört auch die Verständigung über Leittechnologien und Leitprodukte für die Industrie des 21. Jahrhunderts. Wir werden im Wettbewerb gegenüber den USA und China nur bestehen, wenn alle wichtigen Basistechnologien in Deutschland und Europa erforscht, entwickelt und angewendet werden, das gilt natürlich besonders für digitale Technologien. Wir werden die Digitalisierung in der deutschen Industrie unterstützen, wollen Industrie 4.0 aber auch im Mittelstand verankern. Die Plattform „Industrie 4.0“ werden wir fortsetzen, gerade auch im Hinblick auf das Setzen gemeinsamer Standards und die Entwicklung von intelligenten Dienstleistungen („Smart Services“). Zu den Industrien der Zukunft gehören die Mikroelektronik, Cybersicherheit, Hochleistungsrechner, künstliche Intelligenz und die Biotechnologie. Dazu werden wir Cluster aufbauen und mit öffentlichen Mitteln fördern. Um die erfolgreichen deutschen Grundstoffindustrien zukunftsfest zu machen, werden wir ein Bundesprogramm zur Dekarbonisierung von Industrie Prozessen auflegen, das eine stärkere öffentliche Förderung von Forschung und Entwicklung der weitestgehend CO₂-freien Produktion in den Bereichen Eisen- und Stahlproduktion, Nichteisenmetallverarbeitung, chemischer Industrie sowie Kalk- und Zementproduktion unterstützen soll.

Die Zukunft der Automobilindustrie sichern

Wir werden eine Plattform „Zukunft der Automobilindustrie“ einrichten, an der Autobauer, Gewerkschaften, Verbände und die Bundesländer mit Produktionsstandorten beteiligt werden. Gemeinsam soll ein Aktionsprogramm entwickelt werden, das Maßnahmen für die Zukunftsaufgaben der alternativen Antriebe und des autonomen Fahrens beinhaltet. Der Erhalt von guten, tarifgebunden Arbeitsplätzen bei den Herstellern und Zulieferern ist bei diesem Strukturwandel ein maßgebliches Ziel. Wir werden uns auf EU-Ebene für eine ambitionierte, aber realistische Weiterentwicklung der CO₂-Flottenregulierung für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge für die Zeit nach 2020 einsetzen und die ordnungsrechtlichen Bedingungen für den

Einsatz von synthetischen, klimaneutralen Kraftstoffen in Verbrennungsmotoren schaffen. Wir müssen in Deutschland und Europa den Aufbau einer eigenen Batteriezellproduktion unterstützen, da bei Elektrofahrzeugen gerade hier ein großer Teil der Wertschöpfung stattfindet. Batteriezellen werden zudem für viele neue Technologien – neben der Elektromobilität zum Beispiel auch für die Robotik – benötigt. Daher braucht dieses wichtige Handlungsfeld eine entschlossene Industriepolitik und mehr Spielräume zur Förderung seitens der öffentlichen Hand. Wir streben an, dass die Batteriezellfertigung zu einem zentralen Projekt europäischer Wirtschaftspolitik wird, am besten in Form eines sogenannten Important Project of Common European Interest (IPCEI). Wir erwarten von der Europäischen Kommission Unterstützung bei unserem Vorhaben, europäische Champions im Bereich Batteriezellen aufzubauen.

Klimaschutz und Energiewende als Wachstumsmotor

Gerade wenn wir unsere industrielle Basis erhalten wollen, wenn wir Innovation und technologisches Know-how weiterentwickeln und produzieren wollen, dann geht das Hand in Hand mit einer ambitionierten Klimaschutzpolitik – national und weltweit. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der Energiewende. Der nächste Schritt ist es, die Wärmeversorgung und den Verkehr stärker mit erneuerbaren Energien zu koppeln. Speicher und andere Technologien für diese sogenannte „Sektorkopplung“ wollen wir gezielt durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen. Wir werden darauf achten, dass die Chancen und Belastungen von Energiewende und Klimaschutzanstrengungen sozial gerecht verteilt werden. Gerade die vom Strukturwandel in der Energiewirtschaft betroffenen Regionen werden wir mit Bundesmitteln unterstützen, um neue wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln und neue industrielle Arbeitsplätze zu schaffen.



3 | Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

Das moderne Deutschland der Zukunft ist vernetzter, digitaler und flexibler. Der von manchen prognostizierte massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen durch Automatisierung ist nicht eingetreten, da frühzeitig in die Stärkung der Qualifizierung und die Verbesserung von Aufstiegsperspektiven investiert worden ist. Arbeit ist weiterhin anständig bezahlt und sozial abgesichert, die Arbeitszeit können Beschäftigte selbstbestimmter gestalten. Trotzdem hat auch Arbeit 4.0 klare Regeln. Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt selbstbestimmter gemacht. Das eingeführte Wahlarbeitszeitgesetz gibt den Beschäftigten Wahloptionen in Bezug auf Arbeitszeit und -ort. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können außerdem für bestimmte Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren und erhalten das Recht, von der befristeten Teilzeit wieder in Vollzeit zurückzukehren. Der Staat ist online gegangen. Er wird seiner dienenden Funktion für die Bürger durch die Digitalisierung und Vereinfachung gerecht, ohne dass die persönliche Beratung vor Ort für diejenigen, die sie nutzen wollen oder müssen, darunter leidet.

Wo stehen wir heute?

Die Digitalisierung ist gegenwärtig der wichtigste Innovationstreiber – revolutionär wie der Buchdruck und die Elektrizität. Sie betrifft alle: die Beschäftigten in der digitalen Arbeitswelt, die Verbraucher und Unternehmer auf den digitalen Märkten und die Bürger in der digitalen Demokratie. Ohne den Ausbau der digitalen Infrastruktur bleibt jedoch das Reden über die digitalen Chancen eine akademische Debatte. Und hier hinkt Deutschland im internationalen Vergleich hinterher: Bei der durchschnittlichen Geschwindigkeit von Breitbandanschlüssen liegt Deutschland nur auf Platz 22 hinter Ländern wie Lettland, Bulgarien und Rumänien. Egal ob in den Metropolen, in Kleinstädten oder auf dem Land: Wir müssen die Voraussetzungen für Gigabitnetze schaffen.

Auch die Bestandsaufnahme zur digitalen Verwaltung in Deutschland lässt keine Zufriedenheit zu. Zwar kommt innerhalb der Verwaltung diverse IT-Unterstützung zum Einsatz, doch Bürgerinnen und Bürgern bleibt der Weg zum Amt in der Regel nicht erspart. Ein gemeinsames Portal von Bund, Ländern, Kommunen, das alle Angebote bündelt, gibt

es nicht. E-Government als vollständig digitales Angebot zur Abwicklung von Verwaltungsverfahren ist de facto nicht vorhanden. Das muss sich schnellstens ändern.

Der Staat muss aber auch an anderer Stelle aktiv werden: Auf Plattformmärkten herrschen Strukturen nach dem Motto „The winner takes it all“. Die derzeitige Wettbewerbspolitik läuft diesen Entwicklungen hinterher. Es ist daher Zeit für eine digitale Ordnungspolitik, die neue Geschäftsmodelle möglich macht, faire Wettbewerbsbedingungen schafft und die Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzstandards in der digitalen Welt sichert. Das ist unser Verständnis von fairem Wettbewerb.

Unser Ziel dabei ist, persönliche Daten effektiv zu schützen und gleichzeitig Datenmonopole zu verhindern und den Zugang zu Daten für Unternehmen offenzuhalten. Die digitale Ökonomie kann nur funktionieren, wenn Daten und Systeme von Verbrauchern und Unternehmen sicher sind. Cybersicherheit hängt ab von der zur Verfügung stehenden Digitaltechnologie. Europa darf sich bei der Cybersicherheit nicht in ungewollte Abhängigkeiten begeben.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Flexibilität und Selbstbestimmung in der digitalen Arbeitswelt

Die Möglichkeiten für mehr Zeitsouveränität durch die Digitalisierung müssen ausgebaut werden. Dabei muss Arbeitszeitpolitik auch in der digitalen Arbeitswelt Schutz vor Entgrenzung und Überforderung bieten. Dazu gehören folgende Elemente: das Recht auf befristete Teilzeit, mehr Optionen bei der Gestaltung der Arbeitszeit und dem Ort der Arbeit, der weitere Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder, stärkere Nutzung von Langzeitkonten sowie flexible Übergänge in den Ruhestand. Die genannten Ziele werden wir in einem neuen Wahlarbeitszeitgesetz verankern, welches das Prinzip „flexibel, aber selbstbestimmt“ konkretisiert.

Gigabitnetzstrategie statt Schneckentempo beim Internetausbau

Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben. Wir wollen einen Zukunftsinvestitionsfonds Digitalisierung auflegen. Der Fonds soll wichtige Investitionsvorhaben vor allem dort anstoßen, wo private Investitionen nicht in ausreichendem Maße getätigt werden. Hierfür werden wir einen Teil der Haushaltsüberschüsse des Bundes in ein Sondervermögen überführen. Zudem muss auch die Regulierung für den Telekommunikationssektor Impulse für Investitionen in gigabitfähige Breitbandinfrastruktur geben. Das ist die Voraussetzung dafür, die Möglichkeiten der Digitalisierung überhaupt nutzen zu können. Gleichzeitig werden wir die Netzneutralität, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen, sichern. Dies ist im Interesse der Nutzer, aber auch wichtig für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

Der Staat wird digital – ein Deutschlandportal für Bürger und Unternehmen

Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen werden wir dafür sorgen, dass weitestgehend alle Prozesse und Dienstleistungen in den nächsten fünf Jahren auf einem Deutschlandportal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen verfügbar sind: von der Anmeldung zu Kindergarten und Schule über die Kfz-Zulassung oder die Wohngeldbeantragung bis hin zur Steuererklärung und zur Beantragung von Renten- und Pflegeleistungen. Von der Gewerbeanmeldung über die Baugenehmigung oder die Anmeldung von Arbeitnehmern zur Sozialversicherung. Wir lassen die Daten laufen und nicht mehr die Bürger oder Unternehmen. Persönliche Ansprechpartner in den Ämtern werden durch dieses Portal ergänzt, aber nicht ersetzt. Die Digitalisierung ist eine Aufgabe, die schon längst quer durch alle Politikfelder geht. Die Digitalpolitik muss daher auch auf Ebene der Bundesregierung endlich eine Stabsaufgabe im Kanzleramt werden. Zudem werden wir ein Digitalkabinett einrichten, das unter Leitung des Bundeskanzlers die Digitalpolitik umfassend und effektiv koordiniert.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im Internet sichern

In der Datenökonomie müssen wir neue Wege gehen, um neue Geschäftsmodelle und Big-Data-Anwendungen zu ermöglichen und gleichzeitig die Souveränität von Verbrauchern und den Schutz ihrer Daten zu gewährleisten. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung bietet hier Chancen: etwa bei der Aufklärung über das, was Unternehmen mit Daten vorhaben. Und wir werden entsprechende Daten-Gütesiegel einführen. Auch werden wir mehr Rechtssicherheit darüber schaffen, wer welche Rechte an Daten hat. Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum. Internet-Kriminalität werden wir bekämpfen – von der Kinderpornografie über Online-Erpressung mit Computerviren und Kreditkartenbetrug bis zu dem Waffenhandel im „Darknet“. Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Die Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten.

Kapitel 2

GERECHTIGKEIT: UNSERE OFFENE GESELLSCHAFT ZUSAMMENHALTEN

4 | Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern



Das moderne Deutschland der Zukunft ist ein Land, in dem jede und jeder sein Leben ohne Angst frei gestalten kann. Die Herkunft ist kein Schicksal und entscheidet nicht mehr über die Zukunft. Die Menschen leben in guter Nachbarschaft, respektvoll und sicher miteinander. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männer ist selbstverständlich – genauso wie die vielen verschiedenen Lebensmodelle und Erwerbsbiographien. Deutschland ist offen für neue Familienmodelle, für die Vielfalt der Religionen und gleichgeschlechtliche Ehen. Die Einwanderung von Fachkräften ist ein Indiz für unsere große Wirtschaftskraft und unsere Weltoffenheit. Unsere Integrationspolitik sorgt dafür, dass Verständigung und Verständnis schnell klappen. Unsere Gesellschaft ist vielfältig und wir wissen, dass wir davon profitieren. Das moderne Deutschland ist stolz auf seine Demokratie und Freiheit und auf seinen Rechtsstaat. Die demokratischen Grundrechte auf Basis des Grundgesetzes gelten für alle – gleich welcher Herkunft, Geschlecht, Religion oder Kultur.

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind gleichwertige Lebensbedingungen und faire Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort unabdingbar. Tatsächlich aber driftet Deutschland in der wirtschaftlichen Entwicklung auseinander. Trotz guter Konjunktur der vergangenen Jahre profitieren längst nicht alle Regionen vom Wachstum. Neben gedeihenden ländlichen Regionen, teilweise in der Nähe von Großstädten, gibt es abgelegene ländliche Regionen, in denen eine Abwärtsspirale aus sinkender Beschäftigung, geringen Kommuneinnahmen und Abwanderung längst in vollem Gang ist. Diesem Teufelskreis wollen wir politisch etwas entgegensetzen.

Die Bevölkerung Deutschlands wird zum Jahr 2060 nach Expertenmeinungen wohl um rund ein Fünftel schrumpfen. Ohne grundlegende Veränderungen wird unsere Bevölkerungszahl dann geringer sein als etwa in Frankreich oder Großbritannien. Deutschland muss ein Einwanderungsland sein, auch um seine wirtschaftliche Stärke beizubehalten. Dass wir heute schon ein Einwanderungsland und eine Einwanderungsgesellschaft sind, zeigt ein Blick in die Statistik: Jeder Fünfte in Deutschland hat einen Migrationshintergrund, an den Schulen ist es sogar

jedes dritte Kind. Gerade auch mit Blick auf diese nächste Generation ist jetzt die Zeit, wieder Kurs aufnehmen für eine Integrationspolitik, die ihren Namen verdient.

Die Integrations- und Migrationspolitik wird von konservativen und rechten Kräften derzeit fast ausschließlich unter Sicherheitsaspekten diskutiert. Das treibt einen Keil in die Gesellschaft. Denn die allermeisten Menschen mit Einwanderungsgeschichte leben völlig normal seit etlichen Jahren in Deutschland. Ihr Beitrag zur Wirtschaftsleistung, ihre Leistungen im Kulturbereich und die Mehrsprachigkeit sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Aber: Menschen mit einem ausländisch klingenden Namen haben größere Schwierigkeiten bei der Job- oder Wohnungssuche.

Der Stresstest für unsere öffentlichen Strukturen durch die schnelle Zuwanderung vieler Schutzsuchender hat den Fokus auf die Unterbringung, bürokratische Verfahren und Sprachkurse für Geflüchtete gelenkt. Die bis dahin eigentlich fortschrittliche Debatte in Deutschland um mehr Teilhabemöglichkeiten und die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist in den Hintergrund geraten. Wir wollen diese wieder stärker in den Vordergrund stellen.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen

Wir wollen, dass ländliche Regionen attraktiv bleiben. Wir wollen gerade dort helfen, wo die Menschen abwandern. Wir werden daher ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen. Dazu gehört auch, dass wir nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 ein gesamtdeutsches System zur Förderung strukturschwacher Regionen schaffen. Dieses zielt darauf ab, deren wirtschaftliche Entwicklung, regionale Innovationspotenziale und die örtliche Infrastruktur zu stärken. Das Fördersystem muss ab 2020 mit ausreichenden Mitteln unterlegt werden. Erfolgreiche Programme wie die „Gemeinschaftsaufgaben Regionale Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur und Küstenschutz“, die Städtebauförderung, die verschiedenen Maßnahmen zur Innovationsförderung sowie die verschiedenen Programme zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wollen wir fortführen, weiterentwickeln und noch stärker auf die Belange von strukturschwachen Regionen ausrichten.

Wir schaffen ein Einwanderungsgesetz

Wir wollen ein übersichtliches und verständliches Einwanderungsrecht, das Arbeitsmigration, Migration für Bildung und Ausbildung sowie die Einwanderung von Familienangehörigen klar regelt. Das Einwanderungsrecht in Deutschland ist unabhängig vom Grundrecht auf Asyl und muss sich in eine Einwanderungspolitik der EU insgesamt einbetten. Darüber hinaus muss die EU auch die Frage von humanitärer Migration solidarisch beantworten und eine Lösung anbieten für faire Teilung der Verantwortung für die Themen Migration, Flucht und Asyl. Hierzu zählt die Aufnahme von Geflüchteten ebenso wie der Außengrenzschutz, die Seenotrettung und die Entwicklungshilfe.

Integration und Gleichstellung voranbringen

Die Integrationspolitik darf nicht mehr nur Aufgabe einer Sonderbeauftragten sein. Deutschland und Europa werden auch in Zukunft Anziehungspunkt für viele Menschen bleiben. Die Zuständigkeiten für Migration und Integration sind in der Bundesregierung auf viele Ministerien verteilt. Wir wollen dieses wichtige Zukunftsthema auch ministeriell stärker bündeln. Die zentrale Zuständigkeit dafür sollte an ein starkes Fachministerium angedockt werden. Wir möchten, dass Integration nicht sicherheitspolitisch, sondern gesellschaftspolitisch gedacht wird. Hierzu bedarf es der Herauslösung von Kompetenzen aus dem Innenministerium. Wir stärken die interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch die Weiterentwicklung des Integrationsgesetzes. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Bisherige Schutzlücken wie beispielsweise bei Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt sollen geschlossen werden.

Erleichterte Einbürgerung und Ausweitung des Wahlrechts

Wir treten entschieden ein für mehr Einbürgerung. Wer lange in Deutschland lebt, soll auch politisch teilhaben können. Daher setzen wir uns ein für die Nutzung aller Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Aber auch Menschen, die lange in Deutschland leben und nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen können oder wollen, sollen künftig auf kommunaler Ebene und bei Bürgerentscheiden mitentscheiden und wählen dürfen.

Wir stärken unsere offene und freie Gesellschaft

Wir müssen die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde schützen. Egal welche Motive sie vorgeben: Wir werden diese Demokratiefeindlichkeit konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. Das setzt einen handlungsfähigen Staat voraus. Vor allem eine bürgernahe Polizei und eine leistungsfähige Justiz. Sie brauchen wir auch, um gegen die sogenannte Alltagskriminalität vorzugehen – durch mehr Prävention und effektive Strafverfolgung. Hierzu wollen wir 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen und die Justiz stärken. Wir werden ein Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention vorlegen.

Wir stärken das Ehrenamt

Wir stocken die Mittel auf für zahlreiche Projekte und Programme, bei denen sich Ehrenamtliche für eine Stärkung der Demokratie einsetzen, und helfen bei der Vernetzung und Beratung von Engagierten. Wir werden zudem die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche verbessern, beispielsweise durch die Gründung einer Deutschen Engagementstiftung und die Aufstockung der Mittel für Jugend- und Bundesfreiwilligendienste.



5 | Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Das moderne Deutschland der Zukunft bietet Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Die Arbeit der Menschen, die den Wohlstand in unserem Land erarbeiten, wird anerkannt und ihre Leistung anständig bezahlt. Alle, die sich anstrengen, können gut von ihrer Arbeit leben. Frauen und Männer verdienen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich viel Geld. Und diejenigen, die sich um unsere Kinder, Jugendlichen und Pflegebedürftigen kümmern, werden endlich anständig bezahlt. Zeitarbeit und Werkverträge decken Auftragsspitzen ab oder es werden Arbeiten vergeben, die nicht im Unternehmen erledigt werden können. Sie können aber nicht mehr als Instrumente missbraucht werden, um Druck auf die Beschäftigten auszuüben oder die Löhne zu drücken. Das normale Arbeitsverhältnis ist unbefristet, sozial abgesichert und tariflich bezahlt. Azubis bekommen einen Lohn, von dem sie leben können, und müssen nicht länger für ihre Ausbildung bezahlen. Die Digitalisierung unserer Arbeitswelt ist zum Normalfall geworden, aber mit klaren Regeln im Sinne der gesamten Gesellschaft. Noch mehr Menschen arbeiten von zu Hause aus. Aber es gibt auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit. In den Unternehmen und Betrieben bestimmen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Augenhöhe mit. Jede und jeder hat ein persönliches, staatlich finanziertes Chancenkonto, das zum Beispiel für die Finanzierung von Weiterbildung genutzt werden kann. Junge Leute haben die Sicherheit, ihr Leben nach ihren Vorstellungen planen zu können. Sachgrundlose Befristungen gibt es nicht mehr. Alle Menschen in Deutschland sind gut gegen die großen Lebensrisiken abgesichert. In der Gesundheitsversorgung gibt es eine Versicherung für alle und keine Zwei-Klassen-Medizin mehr. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, kann von seiner Rente gut leben. Und wenn Menschen ihren Job verlieren, werden sie unterstützt: finanziell, aber auch mit einem Recht auf Weiterbildung. Auch Solo-Selbstständige erhalten die Möglichkeit auf eine gute soziale Absicherung.

Wo stehen wir heute?

Die Zunahme bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist erfreulich. Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geht aber bisher an vielen Langzeitarbeitslosen vorbei. Und nach wie vor stecken viele Menschen im Niedriglohn-Bereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen fest. Der Armuts- und Reichtumsbericht hat uns gezeigt, dass in den letzten 20 Jahren vor allem die oberen Lohngruppen vom Aufschwung profitiert haben und die unteren Lohngruppen davon abgekoppelt wurden. Bei bestimmten Branchen – Handel, Logistik und vielen anderen Dienstleistungen – können wir den Rückgang der Reallöhne besonders stark beobachten. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die gerne mehr arbeiten möchten, dies jedoch nicht können. Deutschland hat heute zwar eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten der letzten Jahrzehnte, aber noch immer

sind 2,5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Ziel muss es sein, die Zahl der arbeitslosen Menschen in Deutschland in den kommenden vier Jahren auf unter zwei Millionen zu senken. Viele Menschen sind trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit von Altersarmut betroffen. Ihre Rente reicht nicht für ein Niveau oberhalb der Grundsicherung. Eine lebensstandardsichernde Rente ist aber für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den Sozialstaat von grundlegender Bedeutung. Gleiches gilt für die Absicherung bei Krankheit. In Deutschland existiert ein Zwei-Klassen-System, in dem der eine, der privat versichert ist, sofort einen Arzttermin bekommt, während der andere gesetzlich Versicherte Monate auf einen solchen warten muss. Das ist nicht gerecht und das müssen wir ändern.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen

Wir werden die Tarifbindung stärken und damit die Basis für einen „Pakt für anständige Löhne“ schaffen. Tarifflicht darf sich nicht lohnen. Deshalb wollen wir Tarifverträge noch einfacher allgemeinverbindlich werden lassen und zum Beispiel bei Betriebsaufspaltung dafür sorgen, dass Tarifverträge nachwirken. Langzeitarbeitslosen wollen wir durch öffentlich geförderte Beschäftigung eine echte Chance auf Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen, ohne dabei reguläre Beschäftigung zu verdrängen. Die sachgrundlose Befristung schaffen wir ab und bei der Leiharbeit sorgen wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag. Und wir schaffen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch effektive Kontrollen der gesetzlichen Regelungen beim Mindestlohn. Unser Ziel ist es, dass es in vier Jahren mindestens ein Drittel weniger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen gibt. So soll auch die Anzahl der Minijobs in den kommenden vier Jahren halbiert werden, um die Mehrheit dieser Menschen in sicherere und besser entlohnte Arbeit zu bringen.

Qualifizierung fördern, ein Chancenkonto für Erwerbstätige einführen

Wir werden ein Recht auf Weiterbildung einführen. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues Arbeitslosengeld Q (ALG Q) geben. Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben. Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren! Auch wer in Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung zu Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen können. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ein persönliches Chancenkonto erhalten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet ist. Es kann eingesetzt werden für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung, die über reine Erhaltungsqualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen. Man kann es zudem nutzen für Gründungen und den Übergang in die Selbstständigkeit.

Mehr Demokratie im Betrieb – Starke Mitbestimmung

Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel in der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich stärken. Wir werden die Mitbestimmung im Unternehmen ausbauen, indem wir den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken. Unternehmen in ausländischer Rechtsform, aber mit Sitz in Deutschland, müssen ebenfalls unter deutsches Mitbestimmungsrecht fallen. Die betriebliche Mitbestimmung werden wir stärken. Betriebsräte und die Initiatoren einer Betriebsratswahl müssen besser geschützt werden, die Behinderung ihrer Arbeit intensiver verfolgt werden. Betriebliche Interessenvertreter brauchen ein Initiativrecht auf betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen. Der zunehmenden Fragmentierung der Belegschaften werden wir durch den Ausbau der Mitbestimmung zum Beispiel bei Werkverträgen begegnen.

Die Zwei-Klassen-Medizin überwinden

Für uns ist der Zusammenhalt der Gesellschaft ein zentrales Anliegen. Die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung hat sich über Jahrzehnte bewährt. Deshalb muss gelten: Arbeitgeber und Versicherte müssen wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Damit entlasten wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 5 Milliarden Euro. Wir werden eine paritätische Bürgerversicherung einführen. Für Beamte werden wir in der Bürgerversicherung einen beihilfefähigen Tarif schaffen. Bisher privat Versicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten.

Unser Rentenkonzept: ein neuer Generationenvertrag

Wer sich der Reform der Rente verweigert, der nimmt in Kauf, dass die Rente für immer mehr Menschen im Alter nicht mehr zum Leben reicht. Der nimmt Altersarmut in Kauf und eine übermäßige Belastung der jüngeren Generation. Deshalb sind zentrale Ziele unseres Rentenkonzepts: die Sicherung des jahrzehntelang erarbeiteten und verdienten Lebensstandards im Rentenalter, keine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze, die Verhinderung von Altersarmut und eine gerechte Finanzierung der Rente. Hierbei werden die Beitragszahler nicht überfordert. Wir ziehen eine doppelte Haltelinie ein: Zum einen werden wir das Rentenniveau gesetzlich bei mindestens 48 Prozent festlegen und bis 2030 garantieren. Zum anderen werden wir, um die jüngere Generation nicht zu überfordern, den paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beitrag nicht über 22 Prozent steigen lassen; einen steuerfinanzierten Demografiezuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung einführen; eine gesetzliche Solidarrente für langjährig Beschäftigte auf den Weg bringen; bisher nicht versicherte Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen und einen Dialog für einen neuen Generationenvertrag und ein umfassendes Reformprogramm zur Stabilisierung des Rentensystems einleiten.

6 | Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen



Das moderne Deutschland der Zukunft ermöglicht, dass Beruf und Leben gut miteinander verbunden werden können. Frauen und Männer sind im Arbeitsmarkt gleichgestellt und werden gleich bezahlt. Auf allen beruflichen Ebenen sind Männer und Frauen gleichermaßen vertreten. Jeder hat die Chance, sich Zeit für Kinder, Pflege und Ehrenamt zu nehmen, ohne im Job Nachteile zu haben. Eltern haben die Möglichkeit, auch nach der Geburt der Kinder oder trotz eines Pflegefalls in der Familie im gewünschten Umfang weiterzuarbeiten. Dabei erfahren sie Unterstützung durch den Staat, der gute Betreuungsangebote für Klein- und Schulkinder bereithält und finanzielle Unterstützung gewährleistet. Beide Elternteile haben Zeit für ihre Kinder, für die Partnerschaft und für sich selbst. Für die Kinder gibt es auf Wunsch garantiert einen Platz in Krippe, Kindergarten, Hort und Ganztagschule. Mit vielen gut ausgebildeten und gut bezahlten Erzieherinnen und Erziehern. Gebührenfrei. Und so flexibel, wie es für die Eltern der Arbeit wegen erforderlich ist. Eltern und Angehörige von Pflegebedürftigen können ihre Arbeitszeit reduzieren und werden dabei vom Staat unterstützt. Familien mit Kindern werden finanziell gefördert, egal ob die Eltern verheiratet sind oder nicht.

Wo stehen wir heute?

Die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist eine der größten Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Frauen bekommen bei gleicher Qualifikation 21 Prozent weniger Gehalt als Männer. Frauen haben durchschnittlich bessere Bildungsqualifikationen als Männer, haben jedoch vergleichsweise schlechtere Jobs mit geringeren Einkommen, auch weil sie im Arbeitsmarkt deutlich diskriminiert werden. Zudem fehlt es an staatlicher Betreuungsinfrastruktur, vor allem im Bildungsbereich. Immer mehr Frauen in Deutschland arbeiten – doch bis zu einer gerechten Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen beiden Elternteilen ist es noch ein weiter Weg. Über 70 Prozent der Mütter gehen einer Teilzeitbeschäfti-

gung nach, aber es gibt kein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Das alles ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökonomischer Irrsinn. Durch den Ausbau der Kinderbetreuung und die Ausgestaltung des Elterngelds hat sich die Situation in den letzten Jahren verbessert. Doch nach wie vor sind Erwerbsarbeit und Einkommen auf der einen und Zeit für Familie und Partnerschaft auf der anderen Seite ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Ein bedeutendes Hemmnis für die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere alleinerziehenden Müttern ist das weiterhin unzureichende Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder im Vorschul- und besonders im Grundschulalter.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Gleichberechtigung für Frauen in der Arbeitswelt fördern

Wir werden die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft mit einem weiterentwickelten Gleichstellungsgesetz verbessern. Dieses wird Teil einer Gesamtstrategie für mehr Frauen in Führungspositionen sein. Das Gesetz zur Entgelttransparenz war ein wichtiger Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland. Wir müssen aber gerade auch die sozialen Berufe, in denen nach vor meist Frauen arbeiten, aufwerten und besser bezahlen. Dazu soll vor allem ein Tarifvertrag Sozialwesen beitragen. Wir werden endlich das Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeitarbeit nach einer familienbedingten Reduzierung der Arbeitszeit einführen, damit Teilzeit nicht in eine berufliche Sackgasse führt.

Kulturwandel in der Arbeitswelt

Wir wollen einen Kulturwandel in der Arbeitswelt herbeiführen, der die Abkehr von dem Anwesenheitsdruck im Beruf zum Ziel hat und familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreiseregeln gewährleistet.

Familien bei der Kinderbetreuung entlasten

Wir werden Familien mit Kindern weiter entlasten, indem wir gemeinsam mit den Ländern die Kita-Gebühren schrittweise abschaffen, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen und über drei Milliarden Euro dafür einsetzen. Unser Ziel ist, in den kommenden vier Jahren mindestens 300.000 zusätzliche Kitaplätze und mehr als 500.000 Ganztagschulplätze zu schaffen. Zugleich werden wir Mentoren- und Patenschaftsprogramme unterstützen, die Eltern und andere Erziehungsberechtigte auf freiwilliger Basis bei der Kinderbetreuung helfen oder sich direkt an Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen richten.

Familien finanziell entlasten

Mit der Familienarbeitszeit und dem Familiengeld von 300 Euro monatlich werden wir mehr Zeit für die Familie ermöglichen. Für pflegende Angehörige wird es die gleiche Möglichkeit geben – und dazu eine bis zu dreimonatige Freistellung mit einer Lohnersatzleistung analog dem Elterngeld. Wir werden im Steuerrecht einen Familientarif einführen, bei dem die Eheleute auch künftig gemeinsam steuerlich veranlagt werden und der Ehepartner mit dem höheren Einkommen einen Betrag von bis zu 20.000 Euro auf seinen Ehepartner übertragen kann. Zugleich werden wir jedem Elternteil im Familientarif und auch allen unverheirateten Eltern und Alleinerziehenden pro Kind 150 Euro Abzug von der Steuerlast als Kinderbonus gewähren.

Wohneigentum für Familien fördern

Wir werden den Bau oder den Erwerb von Wohneigentum für Familien durch ein Familienbaugeld erleichtern. Anstelle einer Förderung, die diejenigen begünstigt, die ohnehin über genügend finanzielle Mittel verfügen, wollen wir diejenigen Familien gezielt durch einen Eigenkapitalzuschuss unterstützen, die es ansonsten schwer hätten, einen Immobilienkredit zu bekommen.

7 | Eine Bildungsoffensive starten

Das moderne Deutschland der Zukunft ist auf dem Weg ein großes Stück vorangekommen, allen Kindern die gleichen Chancen auf gute Bildung zu geben. Gute Bildung ist eine staatliche Leistung für jeden und kein Luxus für wenige. Weder der Geldbeutel der Eltern noch die Herkunft oder der Ort, wo Kinder wohnen, entscheiden über ihre Zukunft, sondern ihr Talent und ihr Einsatz. Der ewige Streit zwischen Bund und Ländern um die Zuständigkeit für Bildung gehört der Vergangenheit an. Seit dem Ende des Kooperationsverbotes ist es dem Bund möglich mitzuhelfen, unsere Schulen an jedem Ort zu den Zukunftswerkstätten unseres Landes zu entwickeln. Niemand verlässt die Schule ohne Abschluss und die Abschlüsse sind bundesweit gleich viel wert. Die Gebäude sind hell und modern, die Sportanlagen sind gut in Schuss und in jedem Klassenraum gibt es die modernste verfügbare Medienausstattung, wobei Smartboards nur ein Zwischenschritt waren. Lehrerinnen und Lehrer haben mehr Zeit und bessere Räume für guten Unterricht. Verlässliche Ganztagschulen sind selbstverständlich, was Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. In ganz Deutschland ist beitragsfreie Bildung kein ständiger Streitpunkt mehr, sondern selbstverständlich – von der Kita über die Schule und das Studium bis zur Meisterfortbildung. Auch nach Schule und Ausbildung hat jede und jeder Beschäftigte die Chance, auch den weiteren beruflichen Werdegang und den damit verbundenen Qualifizierungsweg selbst zu gestalten, und kann dafür ein staatlich finanziertes Chancenkonto für Erwerbstätige und hochwertige Weiterbildungsangebote nutzen.

Wo stehen wir heute?

Nach wie vor hängen die Bildungschancen junger Menschen von ihrer sozialen Herkunft ab. Die Chance auf den Besuch eines Gymnasiums ist für Kinder aus Familien mit einem hohen sozialen Status mehr als viermal größer. Von 100 Kindern aus einer Arbeiterfamilie schaffen nur 23 Kinder den Sprung an eine Hochschule, während es bei Akademikerfamilien mit 77 dreimal so viele sind. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch verschenktes Potenzial. Etwa die Hälfte aller Schulen in Deutschland ist sanierungsbedürftig. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziffert den Investitionsstau sogar auf 34 Milliarden Euro. Auch die Ausstattung der Schulen genügt oft nicht den modernen Anforderungen, etwa was die digitale Bildung betrifft. Die ständigen Reformdebatten im Schulsystem haben den Druck für Schulen und Familien erhöht. Inklusion, Abitur nach acht oder neun Jahren (G8/G9), die Integration von zu

uns geflüchteten Kindern und Jugendlichen – all das erfordert große Anstrengungen, bei den Schulen, Lehrerinnen und Lehrern und auch bei den Eltern. Belastungsgrenzen sind erreicht und teilweise auch überschritten. Und die Herausforderungen werden nicht kleiner: Eine aktuelle Bertelsmann-Studie prognostiziert allein bis 2025 über eine Million zusätzliche Schülerinnen und Schüler, die in den Planungen von heute nicht enthalten sind. Das bedeutet rechnerisch einen zusätzlichen Bedarf von 50.000 Lehrerinnen und Lehrern oder 2.400 Schulen. Die Digitalisierung wird auch die Art und Weise, wie wir lehren und lernen, verändern. Digitale Kompetenzen müssen entwickelt und gefördert werden – von der frühkindlichen Bildung über die berufliche sowie akademische Ausbildung bis hin zur lebensbegleitenden Weiterbildung. Es gibt in Deutschland mehr als eine Million offener Stellen,

sowohl für Hoch- als auch für Geringqualifizierte. Das Problem sind also nicht fehlende Jobs, sondern fehlende Chancen und eine oft zu geringe Qualifizierung. Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jährlich etwa 50.000 Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben und etwa 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keinen beruflichen Abschluss haben.

Das deutsche Bildungssystem muss fit für die Zukunft gemacht werden! Bildung muss endlich auch im Bund wieder einen herausragenden Stellenwert in der Politik bekommen. Sie ist die Schlüsselfrage unserer Zukunftsfähigkeit. Wer jetzt im Bildungsbereich ein „Weiter so“ propagiert, gefährdet unsere Zukunft. Wir wollen, dass Deutschland Bildungs- und Qualifizierungsland Nr. 1 in Europa wird.

So werden wir unser Land modernisieren und zukunftsfest machen:

Eine Nationale Bildungsallianz für mehr Investitionen in Bildung

Wir brauchen nach der Wahl eine gemeinsame Nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen dafür in der kommenden Wahlperiode rund 12 Mrd. Euro Bundesmittel bereitstellen und damit zusätzliche Mittel bei den Ländern und Kommunen heben.

Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufheben

Wir wollen, dass der Bund die Länder bei Investitionen in Bildung finanziell unterstützen kann. Dafür brauchen wir ein Ende des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern. Nur so können wir die Investitionen in Schulen zielgenau und verlässlich auf den Weg bringen und die Voraussetzungen für eine Bildungsallianz schaffen.

Mehr Chancengleichheit in der Bildung

Wir wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief. Die Zuständigkeiten von Jugendhilfe und Job-Centern müssen gebündelt und Modelle der assistierten Ausbildung und Jugendberufsagenturen mit guten Standards ausgebaut werden. Ein wesentliches Element für mehr Chancengleichheit in der akademischen Bildung ist das BAföG, das wir erhöhen und ausbauen werden.

Neuer Aufbruch in der dualen Berufsbildung

Die duale Ausbildung ist heute ein Erfolgsmodell und ein Standortvorteil für Deutschland. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der dualen Berufsbildung. Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen weiter erhöhen und die Unterstützungsangebote für Betriebe, Eltern und Auszubildende ausbauen. Gleichzeitig werden wir die dualen Berufe modernisieren und zunehmend digitale Kompetenzen aufnehmen. Die duale Ausbildung bleibt auch in Zukunft das Rückgrat unserer Fachkräfteausbildung.

Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem

Wir wollen die Vorteile der beruflichen und der akademischen Bildung durch mehr Durchlässigkeit in beide Richtungen miteinander verknüpfen: Wer den Meister hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden können. Duale Studiengänge werden bundesweit verfügbarer gemacht und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien definiert. Wir werden die Anzahl der Stipendien für Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen verdoppeln.



Wir wollen eine Schulgarantie

Unser Ziel ist es, dass Bund, Länder und Gemeinden in einer Nationalen Bildungsallianz gemeinsam eine Schulgarantie mit mehreren Elementen anbieten können:

- eine Garantie auf modern sanierte und hervorragend ausgestattete Schulgebäude und Klassenzimmer, und das unabhängig vom Ort oder der Finanzkraft der Gemeinde; in einem ersten Schritt werden wir ein Schulmodernisierungs-Programm für allgemeinbildende und Berufsschulen auflegen, um dort die notwendige digitale Infrastruktur zu schaffen;
- eine Garantie auf einen Ganztagschulplatz mit guter Förderung und verlässlichen Betreuungszeiten; in einem ersten Schritt verdoppeln wir das Ganztags-Angebot an Grundschulen;
- eine Garantie für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, damit jede Schülerin und jeder Schüler die gleiche Aufmerksamkeit erhalten kann und weniger Schulstunden ausfallen;
- eine Garantie, dass mittelfristig die Bildungsabschlüsse in allen Ländern gleich viel wert sind und Umzüge von einem Land in ein anderes sowohl für Eltern als auch für Lehrkräfte einfacher möglich sind;
- eine Garantie auf die beste digitale Bildung, die sich nicht allein auf Technik beschränkt, sondern die Lehrerinnen und Lehrer dabei unterstützt, die Chancen für einen besseren Unterricht nutzen zu können;
- eine Garantie für eine schulische Sozialarbeit, die hilft, soziale Probleme aufzufangen und gemeinsam mit Eltern und Lehrkräften zu lösen, in einem ersten Schritt an den sozialen Brennpunkten;
- eine Garantie für die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern;
- eine Garantie auf modern ausgestattete Berufsschulen, die helfen können, die duale Ausbildung in das digitale Zeitalter zu führen.

Das Garantiepaket umfasst Betreuung und Bildung, Sanierung und Modernisierung, Personal und Strukturen und richtet sich an alle, die „Schule machen“. Es ist eine Aufgabe, die über eine Wahlperiode hinausgehen wird, aber wir können und wir müssen jetzt beginnen.

Kapitel 3

EUROPA: DIE EUROPÄISCHE UNION STÄRKEN UND DEN FRIEDEN SICHERN

8 | Europa besser machen

Das moderne Europa der Zukunft ist ein vereintes, starkes und friedliches Europa. Das Prinzip der gegenseitigen Solidarität und des gegenseitigen Respekts ist zu einer Selbstverständlichkeit und zu unserem höchsten Gut geworden.

Wir haben die Europäische Union zu einer handlungsfähigen und durchsetzungsstarken politischen Union weiterentwickelt. Wir haben mehr Klarheit darüber geschaffen, was auf europäischer Ebene geregelt werden soll und was nicht: Europa kümmert sich fortan um die großen Fragen, die kein Staat alleine regeln kann, wie eine gemeinsame Klimapolitik, europäische Migrations- und Asylpolitik, den wertebundenen Außenhandel, die Vermeidung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung und den Kampf gegen den Terrorismus.

Alle wichtigen Entscheidungen in Europa sind demokratisch legitimiert und die Wahlbeteiligung bei Europawahlen hoch. Die europäische Wirtschaft floriert, schafft Arbeitsplätze und wird international als Beispielregion für digitale Vernetzung und Innovation angesehen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in ganz Europa massiv zurückgegangen. Der entscheidende Impuls zu unserem wirtschaftlichen Aufschwung kam durch die Stärkung der Eurozone. Durch die Schaffung eines echten Investitionsbudgets konnten wir unsere Infrastruktur modernisieren und innovative Leittechnologien fördern. Ein europäischer Wirtschafts- und Finanzminister sorgt nun dafür, dass die großen Konzerne ihre Steuern dort zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaftet haben. In allen Ländern Europas gibt es starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gute Löhne und eine gute soziale Absicherung. Nicht der Wettbewerb um die niedrigsten Standards, sondern um die besten Ideen und Produkte bestimmt den europäischen Binnenmarkt. Europa ist ein Kontinent der Freiheit und offenen Grenzen, in dem immer mehr Jugendliche während ihrer Schulzeit, in der Ausbildung oder im Studium einige Zeit in einem Nachbarland verbringen und die Vielfalt Europas kennen und schätzen lernen. Durch stärkere Kooperation unserer nationalen Armeen haben wir eine Aufrüstungsspirale in Europa verhindert.

Wo stehen wir heute?

Die europäische Integration steht vor gewaltigen Herausforderungen: Nationalistische und rechtspopulistische Strömungen haben in vielen Mitgliedstaaten Aufwind. Großbritannien hat sich mit dem Brexit-Votum zum Austritt aus der EU entschlossen. Europa ist zum Sündenbock geworden für alles, was national falsch läuft.

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorüber. Die seit fast einem Jahrzehnt verheerend hohe Jugendarbeitslosigkeit zerstört die Hoffnungen einer ganzen Generation und untergräbt das Versprechen auf Wohlstand und gerechte Aufstiegschancen.

Einige Mitgliedsländer verstoßen gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien und damit gegen den Geist der

europäischen Verträge. Die Herausforderung von Flüchtlings- und Migrationsströmen von historischem Ausmaß spalten die europäischen Mitgliedstaaten und stellen die Solidarität auf eine harte Probe. Während einige Staaten, besonders Italien und Griechenland, an den europäischen Außengrenzen Enormes leisten, verweigern sich andere Staaten jeglicher Hilfe und der Aufnahme von Flüchtlingen. Europa hat einen enormen Reformbedarf. Insbesondere braucht Europa auch eine mutige Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Es gibt hierzu Vorschläge von der Kommission oder vom französischen Präsidenten, aber besonders das deutsche Finanzministerium hat diese bisher kategorisch zurückgewiesen.



So werden wir Europa modernisieren und zukunftsfest machen:

Reform der Europäischen Union

Wir werden direkt nach der Bundestagswahl ein europäisches Reformprogramm auf den Weg bringen. Wir brauchen einen Fahrplan zur Reform der EU, der Orientierung und eine klare Perspektive gibt. Bis spätestens 2019 – zeitgleich zum Abschluss der Brexit-Verhandlungen – muss das Fundament für eine gestärkte, gegen Krisen besser gewappnete Wirtschafts- und Währungsunion stehen.

Ein Investitionshaushalt für die Eurozone

Der Abbau von Risiken ist die Grundlage für den Aufbau von Vertrauen und Investitionen. Wir wollen einen Investitionshaushalt der Eurozone, der nationale Zukunftsstrategien aus Reformen und Investitionen unterstützen kann. Auch strukturschwache Regionen müssen gefördert werden. Wenn wir nicht endlich auch in Europa investieren, riskieren wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents. Der Investitionshaushalt ist der Kern einer europäischen Wirtschaftsregierung unter direkter demokratischer Kontrolle des Europäischen Parlaments. Hierzu sollte im Europäischen Parlament eine Struktur geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-Parlamentes“ übernimmt. Diesen Plan wollen wir vorantreiben, auch gegen den Widerstand der Unwilligen. Die Zukunft der Eurozone darf nicht vom Veto von Staaten abhängen, die dieser nicht angehören.

Investitionen und Reformen in Europa für Wachstum und Beschäftigung

Europa braucht einen neuen Wachstumspakt. Wir erwarten von den Krisenländern, dass sie Reformen vorantreiben und ihre Schulden abbauen. Wir wollen aber, dass in diesen Ländern wieder in Wachstum investiert wird, dass Schulen und Krankenhäuser, Datenautobahnen und Startups entstehen können. Deshalb wollen wir europäische Investitionen verstärkt fördern. Unter anderem wollen wir das Volumen des bereits bestehenden europäischen Investitionsfonds (EFSI) weiter aufstocken und dauerhaft verankern. Ein deutlich aufgestockter Jugendbeschäftigungsfonds muss dazu beitragen, die teils noch immer unerträglich hohe Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Ein Wirtschafts- und Finanzminister für die Eurozone

Wir wissen um die Wachstumsrisiken in Europa. Um die faulen Kredite in den Büchern vieler Banken, um die teilweise verkrusteten Wirtschaftsstrukturen, um den Mangel an Modernisierungswillen. Wir wollen einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, dessen erste Aufgabe der Abbau dieser Risiken sein muss. Die Risikoreduktion ist der erste Schritt auf dem Weg zu einem Europa des Wachstums. Zudem muss der europäische Wirtschafts- und Finanzminister der gemeinsamen Investitionspolitik klare Leitlinien und Vorgaben geben.

Einfachere Regeln, bessere Solidarität

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll gestärkt und zu einem echten europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelt werden. Damit könnte er noch schneller und flexibler auf Krisen reagieren. Die derzeitigen Haushaltsregeln müssen vereinfacht, verbessert und weniger prozyklisch ausgestaltet werden.

Den ruinösen Steuerwettbewerb stoppen

Die Unternehmenssteuern sollen in Europa durch Schaffung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage und Einführung von Mindestsätzen für die Unternehmensbesteuerung harmonisiert werden. Steuern werden dort gezahlt, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Wir können es uns nicht leisten, dass sich freundschaftlich verbundene Länder gegenseitig durch intransparente Steuerregeln das Wasser abgraben.

Eine europäische Sozialunion

Der Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt muss besser als bisher an starke soziale Regeln und Mindeststandards gebunden werden. In einer europäischen Sozialunion muss das Prinzip der gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen am gleichen Ort durchgesetzt werden. Auch brauchen wir Standards für Mindestlöhne in möglichst allen EU-Staaten. Durch ein soziales Fortschrittsprotokoll müssen soziale Grundrechte und Arbeitnehmerrechte gegenüber den wirtschaftlichen Freiheiten im Binnenmarkt aufgewertet werden.

Binnenmarkt für mehr Wachstum und Freizügigkeit

Der Binnenmarkt fördert Wachstum, Beschäftigung und den Warenaustausch. Vordringlich ist die Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes und des Energiebinnenmarktes. Ein europäischer Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation setzt die notwendigen Anreize für Investitionen in Netze und fördert den Wettbewerb. Wir wollen kosteneffiziente und innovative Lösungen für mehr Energieeffizienz, die Infrastruktur im Energiebereich ausbauen und Strommärkte flexibel weiterentwickeln.

Mehr europäische Demokratie wagen

Das Europäische Parlament muss gestärkt werden, um das demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren zu können. Dazu wollen wir dem Europäischen Parlament die vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Gesetzesinitiative sowie – neben der Wahl des Kommissionspräsidenten – auch das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder übertragen. Perspektivisch sollte die EU-Kommission so zu einer vom Europäischen Parlament gewählten Regierung weiterentwickelt werden. Die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 – muss dauerhaft verankert werden. Ein Teil der Europa-Abgeordneten sollte künftig über transnationale Listen gewählt werden. Das langfristige Ziel ist eine europäische Verfassung.

9 | Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

Das moderne Europa: Es ist uns auch dank unserer Politik einer gerechteren Entwicklungszusammenarbeit gelungen, den Menschen in Afrika und im Nahen Osten wieder bessere Perspektiven auf ein gutes Leben für sich und ihre Kinder in ihren Heimatländern zu geben. Menschen, die dennoch vor Krieg und Verfolgung flüchten müssen, werden solidarisch in möglichst allen Ländern Europas aufgenommen. Darüber hinaus haben wir uns in Europa endlich über ein gemeinsames und koordiniertes Einwanderungsrecht verständigt. Wir haben in Deutschland und Europa gelernt, dass die Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger dann gelingt, wenn wir ihnen rasch helfen, die Landessprache zu lernen und eine Ausbildung zu erlangen. Wie ehemals in den USA erleben wir, dass Zugewanderte und ihre Kinder unseren Kontinent auf besondere Weise bereichern: Mit einem ungeahnten Stolz auf die Ideale Europas und angetrieben von einem mutigen Gründergeist schaffen sie Arbeitsplätze und tragen zu unserem Wohlstand bei.



Wo stehen wir heute?

Europa braucht dringend eine humanitäre und gerechtere Flüchtlingspolitik, die ihren Namen auch verdient. Die Debatte hierüber darf nicht länger aufgeschoben, die mit ihr verbundenen Herausforderungen dürfen nicht aus innenpolitischen Kalkülen bemäntelt werden. Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen, müssen in Europa auch künftig einen Zufluchtsort finden können. Das Recht auf Asyl darf nicht gelockert oder ausgehöhlt werden. Zugleich brauchen wir eine bessere Kontrolle der Migration durch einen effektiveren Schutz der Außengrenzen, durch die Partnerschaft mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern sowie durch eine deutlich verbesserte

Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Europa noch weit von einer wirklich gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik entfernt ist. Einige Mitgliedstaaten der EU verweigern sich bis heute einer solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen. So kann und darf es nicht weitergehen! Es kann nicht sein, dass einzelne Mitgliedstaaten der EU – wie aktuell Italien – im Stich gelassen werden und die Hauptlast tragen müssen. Wenn Solidarität nicht wechselseitig ist, wenn Verantwortung nicht geteilt wird, nimmt letztlich der Grundgedanke der europäischen Einigung Schaden.

So werden wir Europa modernisieren und zukunftsfest machen:

Ein Solidaritätspakt für Europa

Wir werden im Zuge der nächsten europäischen Haushaltsplanung die Finanzplanung als Solidaritätspakt formulieren. Uns ist es wichtig, dass das Prinzip der Solidarität in Europa wieder gelebt wird. Deutschland muss bereit sein, mehr in Europa zu leisten, und unter Umständen auch mehr zum EU-Haushalt beitragen, vor allem nachdem mit dem Vereinigten Königreich ein wichtiger Nettozahler die Union im Jahr 2019 verlässt.

Aber wir brauchen gleichzeitig klare Regeln, die auch unsere Partnerstaaten zu mehr Solidarität verpflichten. Im Solidaritätspakt muss klar geregelt sein, dass Länder, die Solidarität in wichtigen Fragen verweigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen und nicht mehr mit der vollen finanziellen Solidarität Deutschlands und der anderen Staaten rechnen können. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer kategorisch die Aufnahme von Flüchtlingen verweigert oder Steuerdumping und einen ruinösen Steuerwettbewerb betreibt, verhält sich unsolidarisch.

Dabei brauchen wir dringend eine Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingsfrage: Wir brauchen einen Mechanismus, der bei einer akuten Überlastung des Asylsystems oder der Infrastruktur eines Landes den Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedstaat ermöglicht. Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen Unterstützung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizinische Versorgung. Um Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, ist eine zusätzliche finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt für die Länder erforderlich, die eine Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen. An dem grundsätzlichen Ziel, die Dublin-Regeln durch ein neues System der gerechten Verantwortungsteilung zu ersetzen, halten wir fest.

Illegale Migration eindämmen, legale Fluchtwege schaffen, Fluchtursachen bekämpfen

Um die Außengrenzen besser vor illegalen Grenzüberschritten zu schützen, muss ein echter europäischer Grenz- und Küstenschutz aufgebaut werden. Um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, ist ein europäisches Seenotrettungsprogramm erforderlich, das zugleich Italien effektiv entlastet. Um darüber hinaus Anreize für illegale Migration zu nehmen, müssen legale Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden. Um Fluchtursachen besser zu bekämpfen, braucht es ein umfassendes Zusammenspiel von Maßnahmen der Außenpolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe ebenso wie Partnerschaften mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern.

Ein europäisches Einwanderungsrecht

Europa ist ein Einwanderungskontinent. Um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten, sind wir auf Einwanderung insbesondere von gut qualifizierten Fachkräften angewiesen. Ein europäisches Einwanderungsrecht sollte hierfür gemeinsame Regeln schaffen. Wir brauchen dringend eine Möglichkeit für geregelte Einwanderung. Wir brauchen ein System, das das aktuelle System des Massensterbens und der Hoffnungslosigkeit durch ein System der Hoffnung auf fairen Zugang nach Europa ersetzt.

10 | Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Das moderne Europa spricht in der Welt mit einer Stimme. Ein europäischer Außenminister vertritt international die gemeinsamen Interessen und Werte Europas. Es ist gelungen, die globale Aufrüstungsspirale zu durchbrechen. Die Welt ist – auch dank einer mutigen Friedenspolitik Europas – ein Stück weit friedlicher und gerechter geworden. Dazu trägt eine faire globale Wirtschafts- und Handelspolitik bei, von der nicht mehr nur die reichen Industrieländer profitieren. Auch weil wir die unsinnige Politik der Aufrüstung in eine Politik der international koordinierten Entwicklungszusammenarbeit umkehren konnten, gibt es in Afrika mehr und mehr Länder, die ihrer jungen Bevölkerung eine Chance auf ein besseres Leben bieten können. Durch die weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen und eine striktere Kontrolle von Waffenexporten hat sich die Gewalt und die Anzahl von blutigen Bürgerkriegen weltweit reduziert. Die Europäische Union hat zudem den Anstoß gegeben, die Vereinten Nationen deutlich zu stärken und zu demokratisieren – um so die Strukturen für eine künftige Weltinnenpolitik zu schaffen, mit deren Hilfe globale Probleme besser gemeinsam gelöst werden können. Europa wird in dieser Welt als Partner geschätzt, gerade auch von den wirtschaftlich schwächsten Staaten, weil die Europäische Union aus ihrer eigenen Geschichte gelernt hat und weiß, dass die Solidarität von heute den Frieden von morgen sichert.

Wo stehen wir heute?

Militärische Auseinandersetzungen, Verfolgung und Vertreibung, die Durchsetzung geopolitischer Interessen, Armut, Hunger und Elend, der Verlust an staatlicher Ordnung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ungleicher Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, Terror und die Auswirkungen des Klimawandels sorgen dafür, dass sich 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden. Trotz Fortschritten bei der Bekämpfung von Armut leben noch immer über 800 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum. Die wirtschaftliche Globalisierung hat ökonomische Entwicklung ermöglicht. Gleichzeitig haben sich aber auch neue Spannungsfelder zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern entwickelt. Europa muss in der Außen- und Sicherheitspolitik zu einer handlungsfähigen Einheit werden, um auf diese Herausfor-

derungen eine gemeinsame Antwort zu geben. Wir brauchen zuallererst eine echte gemeinsame Außenpolitik, die immer der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorangehen muss. Der Vorrang des Zivilen muss das Grundprinzip der Europäischen Union sein. Europas Außenpolitik muss im Zeichen einer mutigen und zeitgemäßen Friedenspolitik stehen. Die Stärkung der Vereinten Nationen und des Multilateralismus, des Völkerrechtes, der Menschenrechte und einer gerechten globalen Wirtschafts- und Handelsordnung gehören dabei ins Zentrum europäischer Außenpolitik. In einer Zeit, in der das Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts auszuhöhlen droht, muss Europa seine Erfahrungen als Werte- und Rechtsgemeinschaft mit starker Stimme und klarer Haltung in die internationale Politik einbringen.

So werden wir Europa modernisieren und zukunftsfest machen:

Gegen neue Aufrüstungsspiralen – für Abrüstung

Wir stehen zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und Europas, sehen dabei aber keinen Widerspruch zu Rüstungskontrolle und Abrüstung. Im Gegenteil: Beides gehört zusammen. Die Bundeswehr braucht mehr Geld, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Wir entziehen uns aber dem Zwang, die jährlichen Ausgaben für Verteidigung auf zwei Prozent

des BIP und damit auf ca. 70–80 Milliarden Euro jährlich anzuheben. Der Beschluss der NATO von Wales, der alle Mitgliedsstaaten dazu auffordert, sich auf dieses Ziel zuzubewegen, ist falsch und unsinnig und wurde in Deutschland nicht parlamentarisch legitimiert. Wirtschaftliches Wachstum darf nicht automatisch zu mehr Waffen führen. Wir treten dafür ein, dass sowohl innerhalb der NATO und Europas zuerst geklärt wird, wozu und mit welchem Ziel die Verteidigungsausgaben eingesetzt werden sollen.

Mehr Effizienz durch eine Europäische Verteidigungsunion

Die Effizienz der Verteidigungsausgaben in Europa beträgt nur 15 % der USA. Wir müssen durch eine deutlich stärkere Integration der europäischen Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung dazu kommen, unser Geld wesentlich effizienter einzusetzen. Dazu gehört auch die Konsolidierung der Rüstungsindustrie im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion. Durch mehr Kooperation und mehr gemeinsame Beschaffung können vorhandene Ressourcen effizienter genutzt werden. Und wir werden den Weg zu einer europäischen Armee beschreiten.

Eine gerechte Entwicklungszusammenarbeit

Nicht mehr Waffen schaffen Sicherheit, sondern Konfliktlösung und -prävention und bessere Entwicklungschancen. Nachhaltige Entwicklung braucht mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. Gleichzeitig werden wir die Mittel für Krisenprävention, Bekämpfung von Hunger, Not und Armut und die Entwicklungszusammenarbeit mindestens im Verhältnis 1,5 zu 1 erhöhen: Für jeden Euro, den wir zusätzlich für Verteidigung ausgeben, werden wir mindestens 1,50 Euro in humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit investieren. Und: Wir brauchen eine Partnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe. Es reicht nicht, Unternehmen Märkte in Afrika zu öffnen. Es braucht faire Handelsregeln und verlässliche politische Zusagen. Den schwächsten Ländern müssen wir besonders helfen.

Eine einheitliche restriktive Rüstungsexportpolitik in ganz Europa

Wir wollen ein Verbot von Exporten von Kleinwaffen in Staaten außerhalb von EU, Nato und gleichgestellten Ländern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass automatisierte und autonome Waffensysteme völkerrechtlich geächtet werden. Neue Waffensysteme, zum Beispiel Drohnen, müssen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden.

Den Welthandel gerecht gestalten

Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern in Europa mit aller Kraft daran arbeiten, die Blockade innerhalb der WTO zu überwinden und verlässliche Handelsregeln zu schaffen, die für alle gelten und die auch die Entwicklungsländer fair in den Welthandel integrieren. Dazu werden wir die internationalen Handelsabkommen weiterentwickeln. Ausgangspunkt ist das Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das zukunftsweisende Regeln für den Schutz hoher Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Arbeit und Verbraucherschutz beinhaltet, die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Kulturförderung sichert und einen öffentlichen Investitionsgerichtshof vorsieht. Ein Teil der Weiterentwicklung sollte auch in neuen, innovativen Finanzierungsquellen bestehen, die einen Teil der wirtschaftlichen Vorteile von Freihandelsabkommen für die Finanzierung internationaler Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sichern und die den UN Organisationen – z.B. dem Welternährungsprogramm – zur Verfügung gestellt werden.

Klimaschutz ist Friedenspolitik

Der Klimawandel bedroht diejenigen am stärksten, die für seine Ursachen nicht verantwortlich sind. Für viele Menschen ist der Klimawandel bereits heute eine unmittelbare Bedrohung, in Afrika südlich der Sahara, in Südasien und an vielen anderen Orten. Trinkwasser wird knapp, Böden vertrocknen und Wüsten breiten sich aus. Immer mehr Menschen verlieren ihre Heimat. Ein fortschreitender Klimawandel würde viele Verteilungskonflikte verschärfen und neue Flüchtlingsströme verursachen: Konflikte um Land, Wasser, Böden und Nahrungsmittel. Schaffen wir es nicht, den Temperaturanstieg zu begrenzen, werden wir den Kampf gegen Armut, Verzweiflung und Flucht verlieren. Klimaschutzpolitik ist deshalb zugleich Entwicklungspolitik und Friedenspolitik! Auch deshalb werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, damit das historische Abkommen von Paris erfolgreich umgesetzt wird. Wir werden weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern schließen und dies zu einem Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit machen.

